



Niederschrift

16-014. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur

am Donnerstag, 25.09.2008, 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr,
im Nibelungensaal (Raum 11) des Landratsamtes (Altbau) in Heppenheim,
Gräffstraße 5

Tagesordnung

- | | |
|-----------|---|
| Punkt 1 | Berichtsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 07. September 2008 zu Verkehrssicherungspflicht Kläranlage Biblis - Störfall im AKW Biblis und Bericht der Verwaltung
Vorlagen: 16-1126 und 16-1126/1 |
| Punkt 2 | Berichtsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 07. September 2008 zu Solar- und Energieberatungszentrum Bergstraße und Fortschreibung des Energieberichtes des Kreises und mündlicher Bericht des Landrats
Vorlage: 16-1128 |
| Punkt 3 | Reaktivierung Überwaldbahn für touristische Nutzung (Draisine)
Vorlage: 16-1124 |
| Punkt 4 | Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen |
| Punkt 4.1 | Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen;
hier: Informationen zu notwendig werdenden weiteren Sperrung des Saukopftunnels |
| Punkt 4.2 | Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen;
hier: Finanz- und Controllingbericht August/2008
Vorlage: 16-1138 |

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Haag, Alfons CDU

Ausschussmitglieder:

Reinhardt, Randoald	CDU	
Schaab, Barbara	CDU	
Wagner, Andreas	CDU	
Woitge, Peter C.	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	in Vertretung für Dr. Hildegard Cornelius-Gaus
Schäfer, Alice	SPD	
Schröder, Willy	SPD	in Vertretung für Norbert Bauer

Siegl, Franz	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	bis zeitweise TOP 4
Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Dr. Martin Greif
Dr. Schepp, Rolf	FDP	ab zeitweise TOP 3

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	REP
Jojade, Jürgen	DIE LINKE

Fraktionsvorsitzende:

Dr. Vonderheid, Ulrich	CDU	ab zeitweise TOP 3
------------------------	-----	--------------------

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Bistritschan, Gunter	CDU	Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Paul, Klaus-Günter	EU-Förderung, Dorf- und Regionalentwicklung, Denkmalschutz, Landwirtschaft - bis TOP 3
Pfeifer, Rolf	EU-Förderung, Dorf- und Regionalentwicklung, Denkmalschutz, Landwirtschaft - bis TOP 3
Schneider, Ute	Bauaufsicht und Bauleitplanung - zu TOP 1
Knoblich, Ursula	Wasser- und Naturschutz - zu TOP 1
Müller, Wolfgang	Brand- und Katastrophenschutz - zu TOP 1

Gast:

Moritz, Andreas	Leiter Amt für Straßen- und Verkehrswesen Bensheim zu TOP 4.1
-----------------	---

Schriftführer:

Fasser, Helmut	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
----------------	---

Ausschussvorsitzender Haag eröffnete um 17:00 Uhr die 16-014. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Berichtsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 07. September 2008 zu Verkehrssicherungspflicht Kläranlage Biblis - Störfall im AKW Biblis und Bericht der Verwaltung
Vorlagen: 16-1126 und 16-1126/1**

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-1126/1 Kenntnis genommen.

Abgeordneter Figaj zeigte sich unzufrieden mit der inhaltlichen Beantwortung der Anfrage, da sie vornehmlich nur die rechtlichen Aspekte beleuchte, am eigentlichen Kern der Fragestellungen allgemeiner Art jedoch vorbeigehe und die Frage nach den Sicherheitsaspekten der Bevölkerung außen vor lasse. Immerhin habe es sich um einen Unfall gehandelt, der zu einem Herunterfahren und Abschalten des Reaktors geführt habe. Es gehe deshalb nicht um eine rechtliche Würdigung durch den Kreis, sondern um die Frage, ob es Lücken im Sicherheitsnetz gebe und ob und wie derartige Unfälle in Zukunft zu verhindern seien.

Abgeordneter Fiedler betonte unbeschadet des Themas Kernkraft und der Diskussionen um den Unfall an sich, dass die kraftwerkseitigen Sicherheitsmaßnahmen zu 100 Prozent funktioniert hätten und der betroffene Reaktorblock ordnungsgemäß abgeschaltet worden sei. Weiter ging er auf die Baumaßnahme der Gemeinde, die Erweiterung der Kläranlage bzw. den Bau eines neuen Klärbeckens, ein. Die Errichtung zweier Baukräne und deren Standort in ausreichender Entfernung von der Freileitung sei vorher mit RWE-Netz abgeklärt worden. Wie es dennoch zu dem Unfall habe kommen können, werde zurzeit geklärt. Die Verantwortung liege beim Bauherrn, der Gemeinde, die sie an das planende Ingenieurbüro und die bauausführende Firma abgetreten habe.

Erster Kreisbeigeordneter Metz stellte fest, dass die fachlichen und rechtlichen Aspekte der Anfrage aus Sicht des Kreises ausreichend und korrekt beantwortet seien. Darüber hinaus könne man sich den Ausführungen von Abgeordnetem Fiedler in Bezug auf die Situation vor Ort anschließen. Der Vorgang schließlich und der Umgang damit zeige, dass alle Beteiligten über eine hohe Sensibilität in Bezug auf das Kernkraftwerk verfügten. Die Bewertung möglicher Gefährdungen aus kerntechnischer Sicht seien Sache der Atomaufsicht.

Punkt 2: **Berichts Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 07. September 2008 zu Solar- und Energieberatungszentrum Bergstraße und Fortschreibung des Energieberichts des Kreises und mündlicher Bericht des Landrats**
Vorlage: 16-1128

Der Landrat berichtete zu dem Berichts Antrag, dass zurzeit die Stellenausschreibung für die Besetzung einer neuen, zeitlich auf ein Jahr befristeten Personalstelle (75 %) laufe (die diesbezügliche Kreis Ausschussentscheidung sollte den Fraktionen bekannt sein). Dem Wunsch des SEBZ entsprechend solle die Stellenbesetzung zum 1.1.2009 erfolgen. Nach einem Jahr sollten dann die Städte und Gemeinden, die sich nicht oder nur geringfügig am SEBZ beteiligten, aufgefordert werden, sich stärker zu engagieren.

Die im Berichts Antrag ebenfalls angesprochene Fortschreibung des Energieberichts sei momentan in Bearbeitung. Die Vorlage werde voraussichtlich Ende Januar 2009 erfolgen.

Punkt 3: **Reaktivierung Überwaldbahn für touristische Nutzung (Draisine)**
Vorlage: 16-1124

Der Landrat gab umfangreiche Erläuterungen zum Sachstand und dem jetzt erbetenen, an die Beschlussfassung des Kreistages vom Dezember letzten Jahres anschließenden Beschluss. Insbesondere nannte er dabei die erreichte Projektförderung aus EU-Mitteln, die

(aktuelle) Schließung der in Ziffer 4 des Beschlussvorschlages genannten Finanzierungslücke von 96 T€ durch eine Zuwendung von 100 T€ aus einem Sonderprogramm des Bundes zur Denkmalpflege (damit Vollfinanzierung des 1. Bauabschnitts erreicht) und die inzwischen erfolgten zustimmenden Voten der Gemeindevertretungen Wald-Michelbach und Abtsteinach. Die Beschlussfassung in Mörlenbach werde für den 30. September erwartet. Mit Blick auf die kommende Sitzung des Kreistages warb er um ein möglichst einvernehmliches Votum des Kreistages.

Als mit dem Draisinenprojekt verbundenes wesentliches Ziel und Merkmal schilderte der Landrat, über die Tourismusförderung und -finanzierung dem weiteren Verfall der Bahntrasse, Tunnels und Viadukte Einhalt zu gebieten, da seitens der DB AG nach allen Gesprächen und Erfahrungen keinerlei erhaltende Maßnahme zu erwarten seien, sowie die Option, die Strecke eines Tages gegebenenfalls sogar wieder für den ÖPNV nutzen zu können.

Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Draisinenprojektes merkte der Landrat an, diese dürfe sich nicht allein auf den beabsichtigten Draisinenbetrieb beschränken, sondern müsse angesichts der erwarteten Besucherzahlen auf die gesamte Region, ihre Fremdenverkehrsbetriebe und -vereinigungen, den Einzelhandel und nicht zuletzt auch auf die Weschnitztalbahn selbst in Form von Frequenzsteigerungen ausgedehnt werden.

Zu der vom Vorsitzenden angesprochenen Änderung des Beschlussvorschlages bezüglich des Finanzierungsvorbehalts in Ziffer 4 riet der Landrat, zunächst den Eingang des Bewilligungsbescheides abzuwarten.

Auf die von Abgeordnetem Fiedler angesprochene und in der Presse geschilderte eher ablehnende Tendenz in der Gemeindevertretung Mörlenbach eingehend erklärte der Landrat, dass die von Mörlenbacher Seite anlässlich der ersten Beschlussfassung erhobenen Forderungen alle von der Verwaltung des Kreises berücksichtigt worden seien, der Gemeindevertretung zu ihrer letzten Sitzung leider aber eine andere Sitzungsvorlage vorgelegt worden sei als die jetzt dem Ausschuss vorliegende gemeinsame Vorlage für den Kreistag und die drei beteiligten Gemeindevertretungen.

Die im Verlauf der Aussprache genannte Zahl von 50.000 Nutzern der Draisinenbahn über das Sommerhalbjahr hinweg wurde von Abgeordnetem Figaj kritisch betrachtet. Der Landrat nannte als Basis für diese Zahl die Erfahrungswerte anderer Draisinenbahnen in Deutschland, wobei auch ein Fahrbetrieb zu anderen Jahreszeiten nicht ausgeschlossen sei. Herr Figaj vermisste darüber hinaus mehr nachvollziehbare und nachrechenbare Fakten und Unterlagen, die man sich auf Grund der zur nächsten Kreistagssitzung gestellte Anfrage erhoffe, sowie insbesondere auch ein klares Bekenntnis zum Schienenverkehr im Zusammenhang mit dem Projekt (verwaltungsseits wurde hierzu auf die Willenerklärung in der Präambel des der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurfs der "Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für eine kommunale Arbeitsgemeinschaft Reaktivierung Überwaldbahn für Touristische Nutzung (Draisine)" verwiesen.

Zur Verdeutlichung der mit dem Draisinenprojekt verbundenen Option des Streckenerhalts ging der Landrat auf die Historie der Überwaldbahn, die Stilllegung zunächst für den Gütertransport Anfang der achtziger Jahre, später für den Personenverkehr in den neunziger Jahren und letztendlich den Kreistagsbeschluss im Jahr 2000 ein, die Schienentrasse nicht mehr für den Schienenverkehr zu nutzen und die Verwaltung zu beauftragen, eine touristische Widmung als Rad- oder Wanderweg vorzusehen. Auf diesen Beschluss hin

habe sich jedoch nichts getan und die Zeit bis heute in Bezug auf den sich verschlechternden Gesamtzustand der Strecke "richtig Geld gekostet". Mit der jetzt verfolgten Draisinenutzung der Schienenstrecke (und nicht als Rad- oder Wanderweg) bleibe die Option der Wiederaufnahme von Schienenpersonennahverkehr eines künftigen Tages aufrecht erhalten.

Abgeordneter Woitge stellte die positiven Aspekte eines Draisinenbetriebes aus Sicht der Odenwaldregion, die dringend auf Impulse zur Förderung des Fremdenverkehrs und der Wirtschaft angewiesen sei, in den Fokus. Die ÖPNV-Frage sah er vor diesem Hintergrund zurzeit nicht spruchreif, der Erhalt diesbezüglicher Optionen und das Wissen darum dennoch für wichtig und richtig.

Zu der in der Anfrage von SPD und GRÜNEN angesprochenen Frage der Zulässigkeit von Straßenquerungen durch Draisinenbahnen verwies der Landrat auf diesbezügliche Aus- und Zusagen der Straßenbauverwaltung.

Auf die ebenfalls vom Ausschuss thematisierte Frage der Wirkung der für die bewilligten EU-Fördermittel geltenden fünfzehnjährigen Bindungsfrist eingehend erklärte er, dass eine solche vorgeschriebene und übliche Frist nicht gegen eine künftig "höherwertige" Nutzung geförderter Projekte (hier Schienenverkehr) stehe könne. Sollte sich die Entwicklung in eine solche Richtung ergeben, werde ein dementsprechender Antrag gestellt.

Der Ausschuss fasste gemäß Beschlussvorschlag der Vorlage 16-1124 (hinsichtlich dessen Ziffer 4 in Bezug auf den Wegfall der Finanzierungslücke noch eine Veränderung möglich ist) folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag, auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 10.12. 2007 und der mündlichen und schriftlichen Mitteilungen des Landrats in den Sitzungen des Kreistages am 18.02.2008 bzw.14.04.2008 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Grunderwerb wird zu einem Kaufpreis von 300.000 € zugestimmt. Das Eigentum an den Grundstücken soll in ideellen Anteilen entsprechend dem vereinbarten Verhältnis - Kreis 50 %, Abtsteinach 4,5 %, Mörlenbach 18,5 %, Wald-Michelbach 27 % - an die Mitglieder übergehen. Hieraus ergeben sich Kosten für:
 - den Kreis in Höhe von 150.000 €
 - die Gemeinde Abtsteinach in Höhe von 13.500 €
 - die Gemeinde Mörlenbach in Höhe von 55.500€
 - die Gemeinde Wald-Michelbach in Höhe von 81.000 €zuzüglich der Kaufpreisnebenkosten (ca. 20.000 €) entsprechend dem vereinbarten Verhältnis.
2. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für die kommunale Arbeitsgemeinschaft wird zugestimmt (Anlage 1 zur Vorlage 16-1124).
3. Der Draisinenbetrieb wird nach Ausschreibung an einen privaten Betreiber vergeben. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft werden ermächtigt, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Bergstraße den Abschluss des Betreibervertrags herbeizuführen.
4. Der Finanzierung des 1. Bauabschnitts (bis Inbetriebnahme) wird unter dem Vorbehalt des Nachweises, dass die auf Gemeindeseite derzeit noch verbleibende Finanzie-

rungslücke in Höhe von ca. 96.000 € netto vor Umsetzung der Beschlüsse durch weitere Drittmittel geschlossen ist, zugestimmt.

Die der Projektfortschreibung angepassten voraussichtlichen jährlichen Folgekosten (nach dem kaufm. Vorsichtsprinzip gerechnet) betragen netto nach dem vereinbarten Verteilerschlüssel (Anlage 2 zur Vorlage 16-1124):

Mitglieder der komm. Arbeitsgem.	ab Inbetriebnahme	nach Abschluss der Förderperiode (ab 2013)
Kreis Bergstraße	ca. 57.800 €	ca. 107.400 €
Abtsteinach	ca. 5.200 €	ca. 9.700 €
Mörtenbach	ca. 21.400 €	ca. 39.700 €
Wald-Michelbach	ca. 31.200 €	ca. 58.000 €

5. Das Regionalmarketing wird federführend von der Tourismusmarketing GmbH des Kreises Bergstraße betrieben.

Abstimmungsergebnis:

7 Jastimmen, 2 Neinstimmen, 3 Stimmenthaltungen.

Punkt 4: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Punkt 4.1: Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Informationen zu notwendig werdenden weiteren Sperrung des Saukopftunnels

Der Landrat informierte den Ausschuss, dass er in Anbetracht des heutigen Berichtes der Straßenbauverwaltung in der Presse über eine sich abzeichnende erneute oder verlängerte Sperrung des Saukopftunnels den Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrswesen Bensheim, Herrn Andreas Moritz, um Berichterstattung aus erster Hand gebeten habe.

Herr Moritz berichtete, im Rahmen der Erstellung des Bauentwurfs für die Anbindung des Rettungsstollens an den Haupttunnel durch das planende Büro BUNG sei festgestellt worden, dass die Ausführungsstatik der Tunnelschale des Haupttunnels hinsichtlich der Bewehrung keine größeren Reserven vorsehe. Damit sei der Haupttunnel auf eine Länge von etwa 400 Meter nicht in der Lage, die sich in der Bauphase des Rettungsstollens infolge notwendig werdender Grundwasserabsenkung ergebende Belastung abzufangen. Es müsse daher im Firstbereich des Haupttunnels aus Sicherheitsgründen Bewehrung nachgelegt werden. Auf eine solche zusätzliche Bewehrung sei im Zeitpunkt des Baus des Saukopftunnels, aus damaliger Sicht nicht zuletzt aus Kostengründen sicherlich richtig, verzichtet worden auf Grund der sich als zutreffend erweisenden Annahme, dass sich der Grundwasserspiegel nach dem Tunnelbau wieder auf das ursprüngliche Niveau einpendle und in Zukunft keine größere zusätzliche Baumaßnahme am Tunnel mehr erforderlich werde. Die Gründe für den nachträglichen Bau des Rettungsstollens seien hinlänglich bekannt.

Zur Vorgehensweise schilderte er, dass im First der Tunnelschale immer nur ein kurzer Abschnitt hochdruckgestrahlt, in den freigelegten Beton die zusätzliche Bewehrung einge-

legt und der Bereich danach wieder mit Spritzbeton verschlossen werden könne. Mit den Nachbarabschnitten dürfe erst dann begonnen werden, wenn der Beton völlig ausgehärtet sei. Es könne aber an entfernter voneinander liegenden Abschnitten weitergebaut werden. Bei 24-Stunden-Betrieb und Einsatz von bis zu vier Mannschaften müsse aber dennoch mit einer Bauzeit von 16 Wochen, gleichbedeutend mit Tunnelensperrung, gerechnet werden. Die Kosten für die zusätzliche Maßnahme würden auf rd. 2 Mio. Euro geschätzt.

Eine koordinierte Einbindung in die derzeit laufenden Nachrüstarbeiten am Tunnel sei nicht mehr möglich. Für die Bewehrungsergänzung bzw. Tunnelensperrung gebe es deshalb unter Berücksichtigung der erforderlichen Vorarbeiten, wie Planung und Ausschreibung, zeitlich zwei Alternativen: Entweder unmittelbar im Anschluss an die derzeitigen Nachrüstarbeiten mit Verlängerung der Vollsperrung oder im Sommer 2009 unter Ausnutzung der hessischen und baden-württembergischen Sommerferien. In Absprache mit dem Landrat werde alsbald ein Gesprächstermin mit den von der Tunnelensperrung bzw. Verkehrsumleitung betroffenen Kommunen zur Klärung dieser Frage, der man seitens des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen ergebnisoffen gegenüberstehe, anberaumt.

Sowohl die Frage des Zeitpunktes der zusätzlichen Tunnelensperrung mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Erwartungen der Ausschusssmitglieder als auch die des Überraschungseffektes der Notwendigkeit der Bewehrungsverstärkung mit Kritik von Abgeordnetem Dr. Schepp wurden kurz erörtert.

Die Entscheidung über den Zeitpunkt der Sperrung bleibt dem angekündigten Abstimmungsgespräch vorbehalten.

**Punkt 4.2: Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen;
 hier: Finanz- und Controllingbericht August/2008
 Vorlage: 16-1138**

Der Finanz- und Controllingbericht August/2008 (Vorlage 16-1138) wurde in der Sitzung vorab zur Kenntnis verteilt. Die Behandlung des Berichts im Rahmen der Tagesordnung wurde für die nächste Sitzung am 30. Oktober 2008 angekündigt.

Die Sitzung wurde um 18:40 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:

gez. Haag

Schriftführer:

gez. Fasser